

Anfragen: Novembersession 2014

Dir. Nr.	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Justizleitung JL			
1	Haas Adrian, Bern (FDP)	«OpenJustitia» – Wie weiter?	3
Staatskanzlei STA			
5	Fuchs Thomas, Bern (SVP)	Greenpeace missbraucht behördlichen Versand der Jodtabletten für eine üble Kampagne gegen die Kernkraft	4
Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE			
8	Fuchs Thomas, Bern (SVP)	Nach dem NEIN zum Tram Region Bern – Was passiert mit den Geldern aus dem öV-Rahmenkredit	5
12	Riem Bernhard, Iffwil (BDP)	Tramregion Bern	6
Polizei- und Militärdirektion POM			
4	Etter Jakob, Treiten (BDP)	Zählt Alimentenbevorschussung zur Sozialhilfe?	7
11	Schindler Meret, Bern (SP)	Verhältnismässigkeit der DNA-Entnahme nach friedlicher Protestaktion gegen die Miss-Schweiz-Wahl auf dem Bundesplatz	8
14	Wüthrich Adrian, Huttwil (SP)	Pendlerabzug vs. Motorfahrzeugsteuern	9
Staatskanzlei STA (Juradelegation JD)			
2	Krähenbühl Samuel, Unterlangenegg (SVP)	Feiert der neue Ständeratspräsident aus dem Kanton Jura seine Wahl in Moutier BE?	10
Erziehungsdirektion ERZ			
9	Geissbühler-Strupler Sabina, Herrenschandlen (SVP)	Bewilligte spätere Einschulung und ihre Konsequenzen	11
10	Geissbühler-Strupler Sabina, Herrenschandlen (SVP)	Aufstockung der Kopffächer (Deutsch- und Mathektionen) bringt nicht bessere Leistungen	12
16	Geissbühler-Strupler Sabina, Herrenschandlen (SVP)	Sprachbad ist mit drei Lektionen unmöglich	13



13	Rudin Michel, Lyss (GLP) Baumann Kilian, Suberg (Grüne) Kronenberg Sabine, Biel (GLP) Zryd Andrea, Magglingen (SP) Bachmann Christian, Nidau (SP) Schnegg-Affolter Christine, Lyss (EVP) Gnägi Jan, Jens (BDP)	Bürokratischer Aufwand bei der Bildung eines Gemeindeverbandes	14
----	---	---	----

Finanzdirektion FIN

3	Etter Jakob, Treiten (BDP)	ASP-Massnahmen, Personal	15
6	Lüthi Andrea, Burgdorf (SP)	Personalabgänge aufgrund neuer Pensions- kassengesetzgebung	16
7	Schnegg Pierre-Alain, Champoz (SVP)	Kantonspersonal mit Arbeitsort Moutier	17
15	Wüthrich Adrian, Huttwil (SP)	Verwaltungsrat BEDAG AG richtig zusam- mengesetzt?	18

Anfragen Novembersession 2014**Anfrage 1**Urheberin/Urheber: **Haas Adrian, Bern (FDP)**Beantwortet durch: **JL****«OpenJustitia» – Wie weiter?**

Am 23. Oktober hat das Informatiksteuerungsorgan des Bundes ein vom Bundesrat in Auftrag gegebenes Gutachten zu den rechtlichen Rahmenbedingungen beim Einsatz von Open Source Software (OSS) in der Bundesverwaltung und zum Projekt «OpenJustitia» des Schweizerischen Bundesgerichts veröffentlicht. Es kommt zum Schluss, dass – entgegen der Auffassung des höchsten Gerichts – eine genügende gesetzliche Grundlage für die Freigabe von Open Justitia heute fehlt. Auch wird die technische Unterstützung gewisser Nutzer als sehr problematisch angesehen. Das Bundesgericht will die Situation laut einer Medienmitteilung nun analysieren und den zuständigen Parlamentskommissionen Bericht erstatten. Eine weitere Verbreitung von Open Justitia soll es vorerst nicht geben.

Die Berner Justiz wendet «OpenJustitia» seit 2013 an und ist von den geschilderten Entwicklungen direkt betroffen.

Frage:

- Welche genauen Auswirkungen hat die wahrscheinliche Einstellung der technischen Unterstützung und Weiterverbreitung der Software «OpenJustitia» für den Kanton Bern?

Anfragen Novembersession 2014**Anfrage 5**Urheberin/Urheber: **Fuchs Thomas, Bern (SVP)**Beantwortet durch: **STA****Greenpeace missbraucht behördlichen Versand der Jodtabletten für eine üble Kampagne gegen die Kernkraft**

Mit einem Schreiben an eine Million Haushalte wird der Leserschaft suggeriert, dass man von offizieller Seite ungenügend über die Verteilung der Jodtabletten informiert habe, dass unklar sei, wie eine Evakuierung erfolgen würde und wo die Evakuierten untergebracht würden. Zudem könne man nicht garantieren, dass die Aufforderung zur Einnahme der Tabletten rechtzeitig erfolgen könne. In Frage gestellt wird auch der Nutzen der Tabletten bei einem Kernkraftwerkunfall. Mit dem Schreiben beabsichtigt man, die Bürgerinnen und Bürger in Angst und Schrecken zu versetzen und dem Ganzen einen offiziellen behördlichen Hintergrund zu geben. Im Wissen, dass viele Bürger den Behördenaussagen vertrauen. Dass das Schreiben nicht von der offiziellen und als seriös geltenden Geschäftsstelle Kaliumiodid-Versorgung stammt, sondern von der linksextremen Umweltorganisation Greenpeace, ist daher bewusst nicht erkennbar und auch nicht feststellbar. Mit der Fälschung eines amtlichen Schreibens hat Greenpeace in ihrem übereifrigen Kampf gegen die Kernkraft die Grenzen des Anstandes weit überschritten und bei der Bevölkerung Unsicherheit, Angst und Schrecken ausgelöst.

Fragen:

1. Werden gegen die Urheber der gefälschten Schreiben strafrechtliche Massnahmen eingeleitet (z. B. Strafgesetzbuch Art. 258, Schreckung der Bevölkerung: «Wer die Bevölkerung durch Androhen oder Vorspiegeln einer Gefahr für Leib, Leben oder Eigentum in Schrecken versetzt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.»)?
2. Werden gegen die Urheber strafrechtliche Massnahmen wegen Fälschung eines amtlichen Schreibens eingeleitet?
3. Wenn nein, wieso wird Greenpeace vor einer Strafanzeige verschont?

Anfragen Novembersession 2014**Anfrage 8**Urheberin/Urheber: **Fuchs Thomas, Bern (SVP)**Beantwortet durch: **BVE****Nach dem NEIN zum Tram Region Bern – Was passiert mit den Geldern aus dem öV-Rahmenkredit**

Am 28.9.2014 haben die Gemeinden Ostermundigen und Köniz das Tramprojekt abgelehnt. Die Finanzierung wäre über den öV-Investitionsrahmenkredit abgewickelt worden. Der Rahmenkredit wurde vom Grossen Rat für die Periode bis 2017 bewilligt. Die Mittel für die Tramlinie Ostermundigen waren im Rahmenkredit bis 2013 enthalten.

Fragen:

1. Wie hoch sind die Beträge, die durch das NEIN zum Tramprojekt jetzt frei werden?
2. Was passiert mit den nun frei werdenden Mitteln?

Anfragen Novembersession 2014

Anfrage 12

Urheberin/Urheber: **Riem Bernhard, Iffwil (BDP)**

Beantwortet durch: **BVE**

Tramregion Bern

Frage:

- Wie werden die für das Tram von 2015-2018 vorgesehenen finanziellen Mittel nun verwendet und welche Organe beschliessen darüber?

Anfragen Novembersession 2014**Anfrage 4**Urheberin/Urheber: **Etter Jakob, Treiten (BDP)**Beantwortet durch: **POM****Zählt Alimentenbevorschussung zur Sozialhilfe?**

Nach der Volksabstimmung «Keine Einbürgerung von Sozialhilfeempfängern und Straftätern» werden Einbürgerungen sehr restriktiv gehandhabt.

Unter anderem werden auch Einbürgerungsgesuche von EU-Bürgern nicht oder verzögert behandelt, wenn sie geschieden sind und Alimentenbevorschussung erhalten.

Fragen:

1. Fällt bei der Verwaltung Alimentenbevorschussung unter Sozialhilfe?
2. Haben die davon betroffenen Personen kein Anrecht auf Einbürgerung? Die betroffenen Personen – meistens Frauen – trifft meistens kein Verschulden, wenn die Alimente nicht oder nicht rechtzeitig bezahlt werden.
3. Wie werden solche Fälle bezüglich Einbürgerung gehandhabt?

Anfragen Novembersession 2014**Anfrage 11**Urheberin/Urheber: **Schindler Meret, Bern (SP)**Beantwortet durch: **POM****Verhältnismässigkeit der DNA-Entnahme nach friedlicher Protestaktion gegen die Miss-Schweiz-Wahl auf dem Bundesplatz**

Am 11. Oktober 2014 fand auf dem Bundesplatz die Miss-Schweiz-Wahl statt. Eine Personengruppe wollte Kritik an diesem Anlass kundtun, indem sie Transparente in die Höhe hielt und Flyer verteilte. Die Gruppe hat sich gewaltfrei und friedlich verhalten. Dennoch wurden diese Personen in kürzester Zeit von Polizisten eingekreist und abgeführt, mit Kabelbindern gefesselt und auf dem Posten zum Teil fotografiert und einer Nacktkontrolle unterzogen.

Mehrere Personen wurden später in diesem Zusammenhang zur DNA-Analyse vorgeladen. Mindestens einer Person wird vorgeworfen, Behinderung der Justiz begangen zu haben.

Fragen:

1. Ist es üblich und verhältnismässig, eine DNA-Probe wegen «Hinderung einer Amtshandlung» zu entnehmen?
2. Sieht es der Regierungsrat als angemessenes und zielführendes Hilfsmittel, um den Sachverhalt zu klären?
3. Ist der Regierungsrat bereit, eine externe, unabhängige Untersuchung betreffend der DNA-Proben im oben erwähnten Fall zu veranlassen? Und wenn nicht, weshalb?

Anfragen Novembersession 2014**Anfrage 14**Urheberin/Urheber: **Wüthrich Adrian, Huttwil (SP)**Beantwortet durch: **POM****Pendlerabzug vs. Motorfahrzeugsteuern**

Viele Bürgerinnen und Bürger haben keine Möglichkeiten, Steuerabzüge geltend zu machen – der Pendlerabzug ist einer der wenigen Abzüge, die sie angeben können. Die Abzüge für das Pendeln sind gerade bei vielen Menschen gross, die in ländlichen Regionen und Agglomerationen wohnen und in grösseren Zentren arbeiten. Die Beschränkung des Pendlerabzuges auf einen höheren als Betrag als die 3000 Franken könnte mit einer generellen Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern ausgemerzt werden. Damit würden alle Motorfahrzeugführenden des Kantons Bern an die Sparmassnahmen beitragen.

Fragen:

1. Wenn der Pendlerabzug auf max. 8000 Franken beschränkt wird, um wie viel muss die Motorfahrzeugsteuer erhöht werden, um den in der ASP vorgesehenen Betrag einzusparen?
2. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, eine Kombinationslösung vorzuschlagen?

Anfragen Novembersession 2014**Anfrage 2**

Urheberin/Urheber: **Krähenbühl Samuel,
Unterlangenegg (SVP)**

Beantwortet durch: **STA
(JD)**

Feiert der neue Ständeratspräsident aus dem Kanton Jura seine Wahl in Moutier BE?

Im Dezember 2014 wird voraussichtlich Claude Hêche (SP, JU) zum neuen Präsidenten des Ständerats gewählt. Zur offiziellen Feier wird wie in solchen Fällen üblich ein Sonderzug in die Heimat des Gewählten fahren. Offenbar ist der erste Halt in Moutier im Kanton Bern geplant.

Fragen:

1. Trifft es zu, dass der erste offizielle Halt des Sonderzugs in Moutier BE geplant ist?
2. Ist der Berner Regierungsrat an die Feier des neuen Ständeratspräsidenten Hêche eingeladen?
3. Ist der Berner Regierungsrat namentlich an den offiziellen Halt in Moutier auf seinem Kantonsgebiet eingeladen?

Anfragen Novembersession 2014

Anfrage 9

Urheberin/Urheber: **Geissbühler-Strupler Sabina,
Herrenschwanden (SVP)**

Beantwortet durch: **ERZ**

Bewilligte spätere Einschulung und ihre Konsequenzen

Frage:

- Welches sind die Konsequenzen, wenn ein Kind nur ein Jahr lang den KG besucht?

Anfragen Novembersession 2014

Anfrage 10

Urheberin/Urheber: **Geissbühler-Strupler Sabina,
Herrenschwanden (SVP)**

Beantwortet durch: **ERZ**

Aufstockung der Kopffächer (Deutsch- und Mathektionen) bringt nicht bessere Leistungen

Frage:

- Werden die Versuchsergebnisse, die zeigten, dass mit täglichen Bewegungslectionen, aber weniger Lektionen in den Kopffächern, gleiche oder sogar bessere Leistungen erzielt wurden, bei der Festlegung der Anzahl Lektionen in den Kopffächern berücksichtigt?

Anfragen Novembersession 2014

Anfrage 16

Urheberin/Urheber: **Geissbühler-Strupler Sabina,
Herrenschwanden (SVP)**

Beantwortet durch: **ERZ**

Sprachbad ist mit drei Lektionen unmöglich

Fragen:

1. Ist dem Regierungsrat bekannt, dass ein Kind ca. 50 Prozent seines Wachzustands mit einer Fremdsprache konfrontiert werden muss, damit es ein Sprachbad erleben kann?
2. Wenn ja: Warum ist das Frühfranzösisch auf dieser Grundlage entwickelt worden, obwohl schon die Kinder nur drei Wochenlektionen in Frühfranzösisch unterrichtet werden?

Anfragen Novembersession 2014**Anfrage 13**

Urheberin/Urheber:

Rudin Michel, Lyss (GLP)
Baumann Kilian, Suberg (Grüne)
Kronenberg Sabine, Biel (GLP)
Zryd Andrea, Magglingen (SP)
Bachmann Christian, Nidau (SP)
Schnegg-Affolter Christine,
Lyss (EVP)
Gnägi Jan, Jens (BDP)

Beantwortet durch: **ERZ****Bürokratischer Aufwand bei der Bildung eines Gemeindeverbandes**

Gemäss Kulturförderungsgesetz (Art. 24 und 41 KKFG) müssen sich die Gemeinden in Regionen ohne Regionalkonferenz bis Ende 2014 in einem Gemeindeverband für die Kulturförderung zusammenschliessen. In der Region Biel/Bienne-Seeland-Berner Jura hat der Regierungsrat die Abstimmung über die Bildung der Regionalkonferenz zweimal verschoben, zuletzt aufgrund des Postulats Matti. Somit muss ein Gemeindeverband für die Kulturförderung gebildet werden, obwohl die Frage der Regionalkonferenz noch nicht geklärt ist. Ein Gemeindeverband mit umfangreichem Organisationsreglement und zusätzlichen Gremien neben den bestehenden regionalen Organisationen (Verein seeland.biel/bienne und Gemeindepräsidentenkonferenz des Berner Juras) führt zu einem grossen administrativen Aufwand und unnötigen Doppelspurigkeiten.

Fragen:

1. Wie rechtfertigt der Regierungsrat den bürokratischen Aufwand und die Doppelspurigkeiten für die Bildung eines Gemeindeverbands, obwohl die Frage der Regionalkonferenz noch nicht geklärt ist?
2. Warum können die Aufgaben gemäss KKFG nicht übergangsweise, d.h. bis zum Entscheid über die Regionalkonferenz, durch die bestehenden regionalen Organisationen wahrgenommen werden?

Anfragen Novembersession 2014

Anfrage 3

Urheberin/Urheber: **Etter Jakob, Treiten (BDP)**

Beantwortet durch: **FIN**

ASP-Massnahmen, Personal

Im Rahmen der ASP-Massnahmen wurde ein Abbau von 625 Stellen vorausgesagt.

Fragen:

1. Können Sie auflisten, wie viele Stellen pro Direktion im Jahre 2014 im Rahmen von ASP abgebaut worden sind?
2. Kann der Regierungsrat den weiteren Stellenabbau gemäss Vorschlag ASP in den nächsten Jahren garantieren?
3. Gleichzeitig wünsche ich eine Liste von neu geschaffenen Stellen im Jahre 2014 pro Direktion.

Anfragen Novembersession 2014**Anfrage 6**Urheberin/Urheber: **Lüthi Andrea, Burgdorf (SP)**Beantwortet durch: **FIN****Personalabgänge aufgrund neuer Pensionskassengesetzgebung**

Am 18. Mai 2014 stimmte die Berner Bevölkerung der neuen Pensionskassengesetzgebung zu. Im Vorfeld war immer wieder zu hören, dass sich vor allem ältere Kantonsangestellte überlegen, sich vorzeitig pensionieren zu lassen. Grund dafür waren die Renteneinbussen infolge des Primatwechsels. Es war ein grosser Know-how-Verlust in der Kantonsverwaltung und bei den Gerichten zu befürchten.

Fragen:

1. Welche Zunahme ist bei den vorzeitigen Pensionierungen zu verzeichnen?
2. In welchen Direktionen/Abteilungen?
3. Konnten die Stellen wieder rechtzeitig mit geeigneten Fachpersonen ersetzt werden?

Anfragen Novembersession 2014

Anfrage 7

Urheberin/Urheber: **Schnegg Pierre-Alain,
Champoz (SVP)**

Beantwortet durch: **FIN**

Kantonspersonal mit Arbeitsort Moutier

Zahlreiche Tätigkeiten der bernischen Kantonsverwaltung werden durch Kantonsangestellte wahrgenommen, die ihren Arbeitsplatz in Moutier haben (z. B. Steuerbehörden, Betreuungsamt, Gefängnis, Gericht usw.). Diese Arbeitsstellen stellen für die Stadt Moutier einen nicht unwesentlichen Vorteil dar.

Fragen:

1. Wie viele vom Kanton Bern angestellte Personen hatten per 30.6.2014 bzw. per 31.12.2013 ihren Arbeitsplatz in Moutier (Anzahl Personen und Anzahl Vollzeitstellen)?
2. Wie hoch ist die Lohnmasse, die der Kanton Bern seinen Angestellten mit Arbeitsplatz in Moutier bezahlt?

Anfragen Novembersession 2014**Anfrage 15**Urheberin/Urheber: **Wüthrich Adrian, Huttwil (SP)**Beantwortet durch: **FIN****Verwaltungsrat BEDAG AG richtig zusammengesetzt?**

Im Geschäftsbericht der Bedag AG wird auf Seite 15 der Verwaltungsrat vorgestellt. Bei genauerem Hinsehen fällt auf, dass von den sieben Mitgliedern nur zwei weniger lange als 15 Jahre dem Gremium angehören (Einsitz ab 2011 bzw. 2012). Die anderen fünf Verwaltungsratsmitglieder sind seit 15 oder gar seit 23 Jahren im Amt. Angesichts des Wandels der Informatik stellt sich die Frage, ob die Mitglieder des Verwaltungsrates wirklich alle die notwendigen Kenntnisse mitbringen um die Bedag AG strategisch geschickt positionieren und weiterentwickeln können. Die Bedag AG gehört zu 100 Prozent dem Kanton Bern, der Regierungsrat nimmt die Eignerrolle wahr und kann deshalb Auskunft erteilen.

Fragen:

1. Bestehen Anforderungsprofile für die VR-Mitglieder der Bedag AG?
2. Wann wird der Regierungsrat den Verwaltungsrat erneuern?
3. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die Mitglieder des Verwaltungsrats der Bedag AG alle notwendigen Anforderungen zur erfolgreichen Führung des Unternehmens mitbringen?